

HAUPTSATZUNG

der Ortsgemeinde Heidesheim am Rhein

in der Verbandsgemeinde Heidesheim am Rhein

vom 11. Oktober 2014*

Der Ortsgemeinderat Heidesheim am Rhein hat auf Grund der §§ 24 und 25 Gemeindeordnung (GemO), der §§ 7 und 8 der Landesverordnung zur Durchführung der Gemeindeordnung (GemODVO) und des § 2 der Landesverordnung über die Aufwandsentschädigung kommunaler Ehrenämter (KomAEVO) die folgende Hauptsatzung beschlossen, die hiermit bekannt gemacht wird:

INHALTSVERZEICHNIS

- § 1 Öffentliche Bekanntmachungen, Bekanntgaben
- § 2 Unterrichtung der Einwohner
- § 3 Ältestenrat des Ortsgemeinderates
- § 4 Ausschüsse des Ortsgemeinderates
- § 5 Übertragung von Aufgaben des Ortsgemeinderates auf Ausschüsse
- § 6 Übertragung von Aufgaben des Ortsgemeinderates auf den Ortsbürgermeister
- § 7 Beigeordnete
- § 8 Aufwandsentschädigung für Mitglieder des Ortsgemeinderates
- § 9 Aufwandsentschädigung für Mitglieder von Ausschüssen
- § 10 Aufwandsentschädigung des Ortsbürgermeisters
- § 11 Aufwandsentschädigung der Beigeordneten
- § 12 In-Kraft-Treten

§ 1

Öffentliche Bekanntmachungen, Bekanntgaben

- (1) Öffentliche Bekanntmachungen der Ortsgemeinde Heidesheim erfolgen in einer Zeitung. Darüber hinaus erfolgen die öffentlichen Bekanntmachungen im Internet unter der Adresse „<http://www.vg-heidesheim.de>“.
- (2) Karten, Pläne oder Zeichnungen und damit verbundene Texte oder Erläuterungen können abweichend von Absatz 1 durch Auslegung in einem Dienstgebäude der Verbandsgemeindeverwaltung zu jedermanns Einsicht während der Dienststunden bekannt gemacht werden. In diesem Fall ist auf Gegenstand, Ort (Gebäude und Raum), Frist und Zeit der Auslegung spätestens am Tag vor dem Beginn der Auslegung durch öffentliche Bekanntmachung in der Form des Absatzes 1 hinzuweisen. Die Auslegungsfrist beträgt mindestens sieben volle Werktage. Besteht an dienstfreien Werktagen keine Möglichkeit der Einsichtnahme, so ist die Auslegungsfrist so festzusetzen, dass an mindestens sieben Tagen Einsicht genommen werden kann.
- (3) Soweit durch Rechtsvorschrift eine öffentliche Auslegung vorgeschrieben ist und hierfür keine besonderen Bestimmungen gelten, gilt Absatz 2 entsprechend.
- (4) Dringliche Sitzungen im Sinne von § 8 Abs. 4 DVO zu § 27 GemO des Ortsgemeinderates oder eines Ausschusses werden abweichend von Absatz 1 durch Aushang an den Bekanntmachungstafeln und in einer Zeitung bekanntgemacht, sofern eine rechtzeitige Bekanntmachung gemäß Absatz 1 nicht mehr möglich ist.
Die Bekanntmachungstafeln befinden sich:
 - Durchgang Haus Dillmann, Binger Straße 5, Heidesheim am Rhein
 - Ortsteil Heidenfahrt, Heidenfahrt 35, Heidesheim am Rhein
 - Ortsteil Uhlerborn, Bürgertreff, Egstedter Str. 53, Heidesheim am Rhein
- (5) Kann wegen eines Naturereignisses oder wegen anderer besonderer Umstände die vorgeschriebene Bekanntmachungsform nicht angewandt werden, so erfolgt in unaufschiebbaren Fällen die öffentliche Bekanntmachung durch öffentlichen Ausruf / durch Aushang an den unter Abs. 4 genannten Bekanntmachungstafeln. Die Bekanntmachung ist unverzüglich nach Beseitigung des Hindernisses in der vorgeschriebenen Form nachzuholen, sofern nicht der Inhalt der Bekanntmachung durch Zeitablauf gegenstandslos geworden ist.
- (6) Sonstige Bekanntgaben erfolgen gemäß Absatz 1, sofern nicht eine andere Bekanntmachungsform vorgeschrieben ist.

§ 2

Unterrichtung der Einwohner

Die Unterrichtung der Einwohner über wichtige Angelegenheiten der örtlichen Verwaltung (§ 15 Abs. 1 GemO) und über die Ergebnisse von Rats- und öffentlichen Ausschusssitzungen (§ 41 Abs. 5 GemO) erfolgt in einer Zeitung. Weiterhin erfolgt diese Unterrichtung auch im Internet unter der Adresse „<http://www.vg-heidesheim.de>“.

§ 3

Ältestenrat des Ortsgemeinderates

Der Ortsgemeinderat bildet einen Ältestenrat, der den Ortsbürgermeister in Fragen der Tagesordnung und den Ablauf der Sitzungen des Ortsgemeinderates berät. Das Nähere über die Zusammensetzung, die Aufgaben, den Geschäftsgang und die Vereinbarung von Redezeiten bestimmt die Geschäftsordnung.

§ 4

Ausschüsse des Ortsgemeinderates

- (1) Der Ortsgemeinderat bildet folgende Ausschüsse:
1. Haupt- und Finanzausschuss
 2. Rechnungsprüfungsausschuss
 3. Ausschuss für Angelegenheiten der Gebietsreform
 4. Ausschuss für Ortsentwicklung, Infrastruktur, Bauwesen, Natur- und Umweltschutz
 5. Kultur-, Sport- und Sozialausschuss
- (2) Die Ausschüsse gemäß Absatz 1 haben sieben Mitglieder und für jedes Mitglied bis zu zwei Stellvertreter.
- (3) Alle Fach-Ausschüsse sind berechtigt Projektgruppen zu bilden. Diese Projektgruppen setzen sich aus interessierten Bürgern zusammen und befinden sich in ständiger Kommunikation mit dem Ausschuss. Sie arbeiten selbständig und unabhängig und wählen aus ihrer Mitte einen Ansprechpartner und Vertreter für den Ausschuss. Diese Ansprechpartner werden in der Sachberatung des Ausschusses eingebunden und besitzen Rederecht im Ausschuss.
- (4) Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses werden aus der Mitte des Ortsgemeinderates gewählt. Die übrigen Ausschüsse können aus Mitgliedern des Ortsgemeinderates und sonstigen wählbaren Bürgerinnen und Bürgern der Ortsgemeinde gebildet werden. Mindestens die Hälfte der Ausschussmitglieder soll Mitglied des Ortsgemeinderates sein; entsprechendes gilt für die Stellvertreter der Ausschussmitglieder.
- (5) Die Aufgaben des Ausschusses für Angelegenheiten der Gebietsreform sind:
- Vorbereitung von Inhalten eines Vertrages für eine gemeinsame Zukunft.
 - Ausgestaltung der Inhalte.
 - Vorbereitungen von Information- und Veröffentlichungsmaßnahmen, um die Bürger in den Prozess mit einzubeziehen.
 - Unterstützung der Verwaltung bei der Vorbereitung des Bürgerentscheides.

§ 5

Übertragung von Aufgaben des Ortsgemeinderates auf Ausschüsse

- (1) Die Übertragung der Beschlussfassung über eine bestimmte Angelegenheit auf einen Ausschuss erfolgt durch Beschluss des Ortsgemeinderates. Sie gilt bis zum Ende der Wahlzeit des Ortsgemeinderates, soweit ihm die Beschlussfassung nicht wieder entzogen wird. Die Bestimmungen dieser Hauptsatzung bleiben unberührt.
- (2) Soweit einem Ausschuss die Beschlussfassung über Angelegenheiten nicht übertragen ist, hat der Ausschuss innerhalb seines Zuständigkeitsbereiches die Beschlüsse des Ortsgemeinderates vorzubereiten. Berührt eine Angelegenheit den Zuständigkeitsbereich mehrerer Ausschüsse, so obliegt dem Haupt- und Finanzausschuss die Federführung.
- (3) Dem Haupt- und Finanzausschuss wird die Beschlussfassung über die folgenden Angelegenheiten übertragen:
1. Zustimmung zur Leistung überplanmäßiger und außerplanmäßiger Aufwendungen oder Auszahlungen bis zu einem Betrag von 30.000 €; soweit die Entscheidung hierüber nicht dem Ortsbürgermeister übertragen ist;
 2. Verfügung über Ortsgemeindevermögen sowie Hingabe von Darlehen der Ortsgemeinde bis zu einer Wertgrenze von 30.000 €; soweit die Entscheidung hierüber nicht dem Ortsbürgermeister übertragen ist;

3. Vergabe von Aufträgen und Arbeiten bis zu einer Wertgrenze von 30.000 €, soweit die Entscheidung hierüber nicht dem Ortsbürgermeister übertragen ist;
 4. Gewährung von Zuwendungen bis zu einer Wertgrenze von 30.000 €, soweit die Entscheidung hierüber nicht dem Ortsbürgermeister übertragen ist;
 5. Erlass von gemeindlichen Forderungen;
 6. die Entscheidung über die Vermittlung von Sponsoringleistungen, Spenden, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen gemäß § 94 Abs. 3 Satz 5 GemO ohne Wertgrenzenbeschränkung, die Annahme von Sponsoringleistungen, Spenden, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen gemäß § 94 Abs. 3 Satz 5 GemO bis zu einer Wertgrenze von 5.000 € im Einzelfall;
 7. Genehmigung von Verträgen der Ortsgemeinde mit dem Ortsbürgermeister und den Beigeordneten bis zu einer Wertgrenze von 10.000 €;
 8. Zustimmung zur Einstellung und Eingruppierung der dem gehobenen Dienst vergleichbaren Arbeitnehmer der Ortsgemeinde Heidesheim am Rhein sowie Zustimmung zur Kündigung gegen deren Willen;
 9. Zustimmung zur Hinausschiebung des Ruhestandsbeginns;
 10. Aufgaben der obersten Dienstbehörde im Sinne des § 89 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 LPersVG.
- (4) Dem Ausschuss für Ortsentwicklung, Infrastruktur, Bauwesen, Natur- und Umweltschutz obliegt die Vorbereitung der Beschlüsse für den Ortsgemeinderat über die Bauleitplanung.
- (5) Dem Ausschuss für Ortsentwicklung, Infrastruktur, Bauwesen, Natur- und Umweltschutz wird die Beschlussfassung über die folgenden Angelegenheiten übertragen:
1. Vergabe von Aufträgen und Arbeiten bis zu einer Wertgrenze von 30.000 €; soweit die Entscheidung nicht dem Ortsbürgermeister übertragen ist;
 2. Herstellung des Einvernehmens im Falle des § 36 BauGB; soweit die Entscheidung nicht dem Ortsbürgermeister übertragen ist.
- (6) Dem Kultur-, Sport- und Sozialausschuss wird die Beschlussfassung über die folgenden Angelegenheiten übertragen:
1. „Haus der Jugend“-Angelegenheiten;
 2. Sportangelegenheiten;
 3. Vergabe von Aufträgen und Arbeiten bis zu einer Wertgrenze von 30.000 €; soweit die Entscheidung nicht dem Ortsbürgermeister übertragen ist.
- (7) In sitzungsfreien Zeiten des Ortsgemeinderates und der Ausschüsse entscheidet der Haupt- und Finanzausschuss, soweit eine Übertragung nicht durch § 32 Abs. 2 GemO ausgeschlossen ist, anstelle des Ortsgemeinderates bzw. der Ausschüsse. Sitzungsfreie Zeiten sind die Oster-, Sommer-, Herbst- und Weihnachtsferien entsprechend dem Schulferienkalender von Rheinland-Pfalz. Der Ortsgemeinderat kann weitere Zeiten festlegen, aufheben oder ändern.

§ 6

Übertragung von Aufgaben des Ortsgemeinderates auf den Ortsbürgermeister

Auf den Ortsbürgermeister wird die Entscheidung in folgenden Angelegenheiten übertragen:

1. Zustimmung zur Leistung überplanmäßiger und außerplanmäßiger Aufwendungen oder Auszahlungen bis zu einem Betrag von 10.000 € im Einzelfall;
 2. Verfügung über Ortsgemeindevermögen sowie Hingabe von Darlehen der Ortsgemeinde Heidesheim am Rhein bis zu einer Wertgrenze von 10.000 € im Einzelfall;
 3. Vergabe von Aufträgen und Arbeiten im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel bis zu einer Wertgrenze von 10.000 € im Einzelfall, bei Gegenzeichnung eines Beigeordneten bis zu einer Wertgrenze von 20.000 € im Einzelfall;
 4. Gewährung von Zuwendungen im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel bis zu einer Wertgrenze von 10.000 € im Einzelfall; bei Gegenzeichnung eines Beigeordneten bis zu einer Wertgrenze von 20.000 € im Einzelfall;
 5. Aufnahme von Krediten nach Maßgabe der Entscheidungen des Ortsgemeinderates oder des zuständigen Ausschusses;
 6. Stundung und Niederschlagung ortsgemeindlicher Forderungen, sowie die Vereinbarung von Ratenzahlungen;
 7. Erhebung von Vorausleistungen auf laufende Entgelte;
 8. Entscheidung über die Einlegung von Rechtsbehelfen und Rechtsmitteln zur Fristwahrung;
 9. Ausübung des Vorkaufsrechts im Benehmen mit den Beigeordneten bis zu einem Wert von 75.000 € im Einzelfall;
 10. Einvernehmen in den Fällen des §§ 14 Abs. 2, 31, 33 BauGB und in den Fällen des § 34 BauGB, wenn durch das Bauvorhaben die Grundzüge der städtebaulichen Entwicklung und Ordnung nicht berührt werden;
 11. Die gemeindliche Vertretung der Mitgliedschaftsrechte in der Jagdgenossenschaftsversammlung.
- Sonstige besondere gesetzliche Zuständigkeitsbestimmungen bleiben unberührt.

§ 7

Beigeordnete

- (1) Die Ortsgemeinde Heidesheim am Rhein hat bis zu drei Beigeordnete.
- (2) Für die Verwaltung der Ortsgemeinde können bis zu zwei Geschäftsbereiche gebildet werden, die auf zwei Beigeordnete zu übertragen sind.

§ 8

Aufwandsentschädigung für Mitglieder des Ortsgemeinderates

- (1) Zur Abgeltung der notwendigen baren Auslagen und der sonstigen persönlichen Aufwendungen erhalten die Ortsgemeinderatsmitglieder für die Teilnahme an Sitzungen des Ortsgemeinderates eine Entschädigung nach Maßgabe der Absätze 2 bis 7.

Für die Teilnahme an Sitzungen der Fraktionen und der Sitzungen der sonstigen im Ortsgemeinderat vertretenen Gruppierungen, die der Vorbereitung von Ortsgemeinderatssitzungen dienen, erhalten die Ortsgemeinderatsmitglieder eine Entschädigung nach Maßgabe der Absätze 2, 3, 6 und 7.

- (2) Die Entschädigung wird gewährt in Form eines monatlichen Grundbetrages in Höhe von 20 € und eines Sitzungsgeldes in Höhe von 15 €.

- (3) Neben der Entschädigung nach Absatz 2 werden keine Fahrkosten für Fahrten zwischen Wohnort und Sitzungsort erstattet.
- (4) Neben der Entschädigung nach Absatz 2 wird nachgewiesener Lohnausfall in voller Höhe ersetzt; er umfasst bei Arbeitnehmern auch die entgangenen tarifvertraglichen und freiwilligen Arbeitgeberleistungen sowie den Arbeitgeberanteil zu den gesetzlichen Sozialversicherungsbeiträgen. Selbstständig tätige Personen erhalten auf Antrag Verdienstaufschlag in Höhe eines Durchschnittsatzes von bis zu 100 € je Sitzung. Personen, die weder einen Lohn- noch einen Verdienstaufschlag geltend machen können, denen aber im beruflichen oder häuslichen Bereich ein Nachteil entsteht, der in der Regel nur durch das Nachholen versäumter Arbeit oder die Inanspruchnahme einer Hilfskraft ausgeglichen werden kann, erhalten auf Antrag einen Ausgleich
1. in Höhe von bis zu 25 € je Sitzung, wenn sie mindestens ein in ihrem Haushalt mit ihnen wohnendes Kind unter 14 Jahren tatsächlich betreuen oder
 2. in Höhe von bis zu 50 € je Sitzung, wenn sie einen nach ärztlichem Gutachten pflegebedürftigen sonstigen Angehörigen tatsächlich betreuen oder pflegen.
- Liegen die Voraussetzungen des Satzes 3 Nummern 1 und 2 gleichzeitig vor, wird der Ausgleich nur einmal gewährt; es gilt der höhere Betrag.
- (5) Neben der Aufwandsentschädigung erhalten die Ortsgemeinderatsmitglieder für Dienstreisen Reisekostenvergütung nach den Bestimmungen des Landesreisekostengesetzes.
- (6) Bei Teilnahme an mehreren Sitzungen oder Besprechungen an einem Tag wird jeweils ein Sitzungsgeld gewährt. Die Zahl der Fraktionssitzungen, für die ein Sitzungsgeld gewährt wird, darf einschließlich der nach Satz 1 abgegoltenen Sitzungen jährlich das zweifache der Zahl der Ortsgemeinderatssitzungen nicht übersteigen.
- (7) Die Vorsitzenden der im Ortsgemeinderat gebildeten Fraktionen erhalten zusätzlich eine besondere Entschädigung in Höhe des in Absatz 2 festgesetzten monatlichen Grundbetrages.

§ 9

Aufwandsentschädigung für Mitglieder von Ausschüssen

- (1) Die Mitglieder der Ausschüsse des Ortsgemeinderats erhalten eine Entschädigung in Form eines Sitzungsgeldes in Höhe von 15 €.
- (2) Ausschussmitglieder, die keine Ratsmitglieder sind, erhalten, wenn sie zur Erörterung bestimmter Gegenstände zu Fraktionssitzungen und sonstigen Sitzungen der im Ortsgemeinderat vertretenen Gruppierungen hinzugezogen werden, ein Sitzungsgeld gemäß § 8 Abs. 2.
- (3) Die Mitglieder sonstiger Ausschüsse des Ortsgemeinderats oder der Ortsgemeinde erhalten eine Entschädigung nach Absatz 1, soweit durch Rechtsvorschrift nichts anderes bestimmt ist.
- (4) Die Regelung des Absatzes 1 findet auch auf die Mitglieder der Elternausschüsse der Kindertagesstätten und Kindergärten Anwendung.
- (5) Im Übrigen gelten die Bestimmungen des § 8 Abs. 3 bis 5 und Abs. 6 Satz 1 entsprechend.

§ 10

Aufwandsentschädigung des Ortsbürgermeisters

- (1) Der Ortsbürgermeister erhält eine Aufwandsentschädigung gemäß § 12 Abs. 1 Satz 1 KomAEVO.
- (2) Sofern nach den steuerrechtlichen Bestimmungen die Entrichtung der Lohnsteuer nach einem

Pauschsteuersatz möglich ist, wird die pauschale Lohnsteuer von der Ortsgemeinde getragen. Die pauschale Lohnsteuer und pauschale Sozialversicherungsbeiträge werden auf die Aufwandsentschädigung nicht angerechnet.

- (3) § 8 Abs. 4 und 5 gilt entsprechend.

§ 11

Aufwandsentschädigung der Beigeordneten

- (1) Ehrenamtliche Beigeordnete erhalten für den Fall der Vertretung des Ortsbürgermeisters eine Aufwandsentschädigung in Höhe der Aufwandsentschädigung des Ortsbürgermeisters nach § 12 Abs. 1 Satz 1 KomAEVO. Erfolgt die Vertretung des Ortsbürgermeisters nicht für die Dauer eines vollen Monats, so beträgt sie für jeden Tag der Vertretung ein Dreißigstel des Monatsbetrages der dem Ortsbürgermeister zustehenden Aufwandsentschädigung. Erfolgt die Vertretung während eines kürzeren Zeitraums als einen vollen Tag, so beträgt die Aufwandsentschädigung die Hälfte des Tagessatzes nach Satz 2. Eine nach Abs. 2 gewährte Aufwandsentschädigung ist anzurechnen.
- (2) Ehrenamtliche Beigeordnete, denen ein bestimmter Geschäftsbereich übertragen ist, erhalten eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 40 % der dem Ortsbürgermeister zustehenden monatlichen Aufwandsentschädigung.
- (3) Ehrenamtliche Beigeordnete ohne Geschäftsbereich und denen keine Aufwandsentschädigung nach Absatz 1 oder 2 gewährt wird, erhalten für die Teilnahme an den Sitzungen des Ortsgemeinderats, der Ausschüsse, der Fraktionen und der Besprechungen mit dem Ortsbürgermeister (§ 50 Abs. 7 GemO) die für Ortsgemeinderatsmitglieder festgesetzte Aufwandsentschädigung zuzüglich Fahrkostenerstattung; sofern sie nicht bereits hierfür eine Entschädigung als gewähltes Rats- oder Ausschussmitglied erhalten. § 8 Abs. 4 gilt entsprechend.
- (4) Ehrenamtliche Beigeordnete, die nicht Mitglied des Verbandsgemeinderates sind, jedoch in Vertretung des Ortsbürgermeisters an Sitzungen des Verbandsgemeinderates teilnehmen und denen keine Aufwandsentschädigung nach den Absätzen 1 oder 2 gewährt wird, erhalten für die Teilnahme an diesen Sitzungen von der Ortsgemeinde eine Aufwandsentschädigung. Sie beträgt je Sitzung die Hälfte des Tagessatzes gemäß Absatz 1 Satz 2, mindestens jedoch 12,10 €. Entsprechendes gilt für die Teilnahme an Besprechungen des Bürgermeisters der Verbandsgemeinde mit den Ortsbürgermeistern gemäß § 69 Abs. 4 GemO.
- (5) § 8 Abs. 4, 5 und Abs. 6 Satz 1 sowie § 10 Abs. 2 gelten entsprechend.

§ 12

In-Kraft-Treten

- (1) Die Hauptsatzung tritt am 11. Oktober 2014 in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Hauptsatzung vom 07. Juli 2009 in der gültigen Fassung vom 07. Oktober 2010 außer Kraft.

Heidesheim am Rhein, den 30. September 2014

(Martin Weidmann)
Ortsbürgermeister



Hinweis gemäß § 24 Absatz 6 GemO:

Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften dieses Gesetzes oder auf Grund dieses Gesetzes zustande gekommen sind, gelten ein Jahr nach der Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen.

Dies gilt nicht, wenn

1. die Bestimmungen über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung, die Ausfertigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,

oder
2. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist die Aufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet oder jemand die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschriften gegenüber der Gemeindeverwaltung unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht hat.

Hat jemand eine Verletzung nach Satz 2 Nr. 2 geltend gemacht, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.